

Europa 2019 Die Sicht der deutschen Unternehmen

Repräsentative Studie
durchgeführt von forsa
Januar 2019



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations



2019: Die deutschen Unternehmen fordern mehr Europa

Zu Beginn des wichtigen Europajahres 2019 bekennen sich die deutschen Unternehmen zur Europäischen Union (EU). Eine Mehrheit der Unternehmen in Deutschland spricht sich dafür aus, weitere wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen. Die Übernahme von Haftungsrisiken zur Euro-Rettung durch Deutschland wird von den Unternehmen für richtig gehalten. Ebenso unterstützt eine große Mehrheit der Unternehmen die konsequente Verhandlungslinie der EU in den Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien. Die deutschen Unternehmen wollen mehrheitlich keine stärkere Durchsetzung wirtschaftspolitischer Interessen Deutschlands innerhalb der EU, sondern fordern stattdessen eine Vertiefung der Integration. Neben dem Brexit betrachten die Unternehmen den fehlenden Zusammenhalt in der EU und den wachsenden Nationalismus als die größten Herausforderungen für Europa. Die Unternehmen zeigen durch ihre Aussagen ihr Krisenbewusstsein, aber auch ihre Folgerung aus der Krise: Sie fordern mehr Europa.

Europa am Wendepunkt

Die EU steht vor großen Herausforderungen, im Inneren wie im Äußeren. Innerhalb der EU bestehen Spannungen in der Frage, wie die Währungsunion krisenfester gemacht und welche Migrationspolitik künftig verfolgt wird. In Zeiten wachsender internationaler Konkurrenz und fortschreitender Globalisierung muss ein sozial ausgewogenes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsmodell entwickelt werden, das auch die Vorteile des Binnenmarkts noch besser ausschöpft.

Die EU muss zudem die technologische Revolution der Digitalisierung so gestalten, dass Unternehmen, Gesellschaft und Politik die Herausforderungen bewältigen und die Potenziale ausschöpfen können. In einem von wachsender Unsicherheit, zunehmenden Risiken und machtpolitischer Konkurrenz geprägten internationalen Umfeld steht die EU derweil vor der Aufgabe, ihre internationale Gestaltungskraft und Resilienz zu stärken und sich vor schädlichen Einflüssen von innen und außen zu schützen.

2019 ist ein Entscheidungsjahr für die EU. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments wird neu bestimmt, und es wird sich zeigen, ob Populistinnen und Populisten sowie Europaskeptikerinnen und Europaskeptiker weiter auf dem Vormarsch sind. Durch eine gemeinsame Fraktion im Europäischen Parlament werden sie versuchen, die europäische Politik von innen heraus zu schwächen oder gar zu blockieren. Im Nachgang zur Wahl werden viele europäische Spitzenposten neu besetzt. Die neuen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber sehen sich einer anspruchsvollen politischen Agenda gegenüber.

Zu Beginn des entscheidenden Jahres für Europa haben wir in einer repräsentativen Umfrage Vertreterinnen und Vertreter deutscher Unternehmen¹ gefragt, welche Bedeutung sie der europäischen Integration beimessen, wie sie die Zukunft Europas einschätzen, und welche Risiken und Handlungsprioritäten sie sehen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass deutsche Unternehmen die Zukunft Europas mit Sorge betrachten – und gleichzeitig in vielen Fragen eine entschieden pro-europäische Haltung einnehmen. Besondere Sorge bereiten Desintegrationstendenzen, für die der Brexit das prominenteste Beispiel ist, der zunehmende Nationalismus in einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Gefahr einer weiteren Finanz- oder Wirtschaftskrise in der Eurozone.

Gleichzeitig ergibt die Umfrage, dass die Herausforderungen, vor denen Politik und Wirtschaft stehen, aus Sicht der deutschen Unternehmen ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen immer wichtiger machen. Insbesondere in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen kann es kein einfaches Nebeneinander von wirtschaftlichem Globalismus und politischem Nationalismus mehr geben. Es ist bezeichnend, dass sich eine Mehrheit deutscher Unternehmen dafür ausspricht, in Finanz- und Haushaltsfragen mehr Kompetenzen an die EU zu übertragen. Die Bedeutung der EU für die Unternehmen zeigt sich offenbar gerade in unsicheren Zeiten.

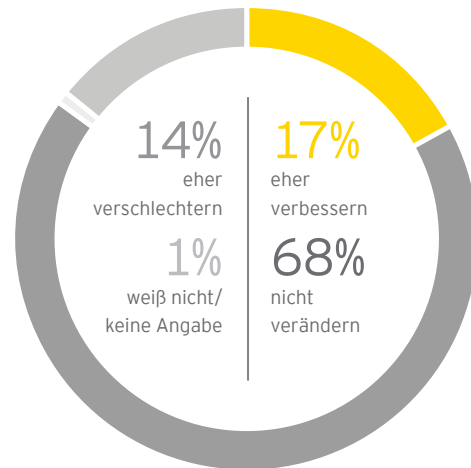
¹ Für die repräsentative Befragung wurden private Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeitern mit Sitz in Deutschland mithilfe einer Zufallsauswahl (Basis Unternehmensdatenbank Hoppenstedt) ausgewählt. Die Datenerhebung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt.

Unternehmen verhalten optimistisch für 2019

Die befragten deutschen Unternehmen schätzen die Vorteile, die die wirtschaftliche Integration gebracht hat, und blicken vorsichtig optimistisch auf das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial ihrer Geschäftstätigkeiten. Knapp ein Fünftel (17 Prozent) der befragten Führungskräfte geht für das nächste Jahr von einer Verbesserung der Wachstumschancen für ihr Unternehmen in der EU aus. 14 Prozent der befragten Unternehmen rechnen mit einer Verschlechterung. Die meisten (68 Prozent) erwarten keine Veränderung².

Frage: „Werden sich die Wachstumschancen für Ihr Unternehmen in der EU in den kommenden 12 Monaten Ihrer Einschätzung nach eher verbessern, eher verschlechtern oder nicht verändern?“

Die Wachstumschancen für Ihr Unternehmen in der EU werden sich in den kommenden 12 Monaten

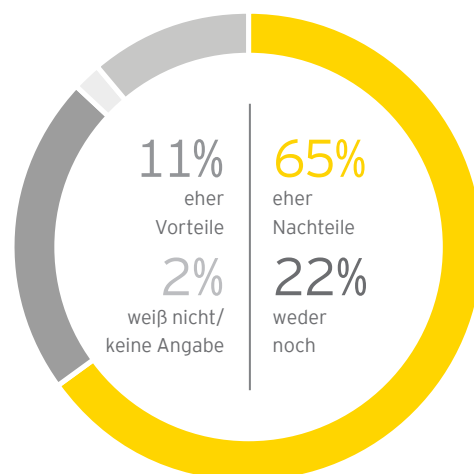


Brexit wäre Nachteil für Wirtschaftsstandort Deutschland

Der wahrscheinlich bevorstehende Brexit bringt für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort nach Einschätzung von 65 Prozent der befragten Unternehmen eher Nachteile. 11 Prozent erwarten Vorteile, und nur 22 Prozent rechnen mit keinen Folgen für die deutsche Wirtschaft. Besonders groß ist die Sorge im Dienstleistungssektor: Hier erwarten 72 Prozent deutliche Nachteile für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Frage: „Und wenn Sie einmal an den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt denken: Expecten Sie durch den bevorstehenden Brexit für den Wirtschaftsstandort Deutschland eher Vorteile, eher Nachteile oder weder Vor- noch Nachteile?“

Durch den Brexit erwarten für den Wirtschaftsstandort Deutschland

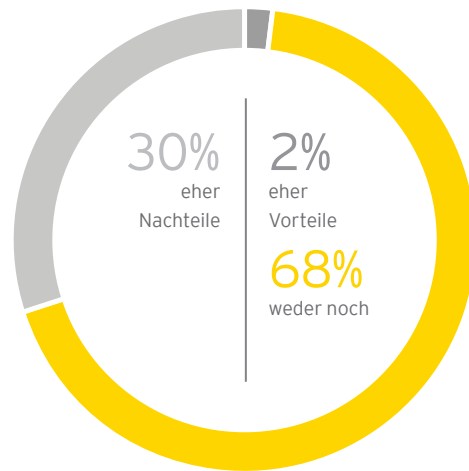


² An 100 Prozent fehlende Angaben fallen unter „weiß nicht / keine Angabe“

Zwei von drei Unternehmen von Brexit nicht betroffen

Für das eigene Geschäft rechnet fast ein Drittel (30 Prozent) der befragten Unternehmen mit Nachteilen, etwas mehr als zwei Drittel (68 Prozent) erwarten weder Vor- noch Nachteile.

Durch den Brexit erwarten für ihr Unternehmen

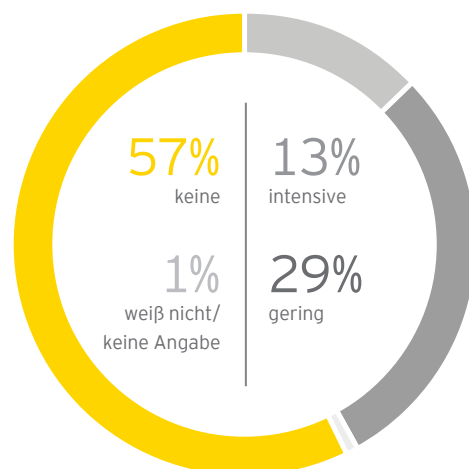


Frage: „Wie schätzen Sie die Folgen des bevorstehenden Brexits für Ihr Unternehmen ein: Expecten Sie für Ihr Unternehmen durch den Brexit eher Vorteile, eher Nachteile oder weder Vor- noch Nachteile?“

Mehrheitlich kein Großbritannien-Geschäft

Von den befragten Unternehmen unterhalten derzeit 13 Prozent intensive, 29 Prozent geringe und eine Mehrheit von 57 Prozent keine Geschäftsbeziehungen zu Großbritannien.

Das eigene Unternehmen hat aktuell Geschäftsbeziehungen nach Großbritannien



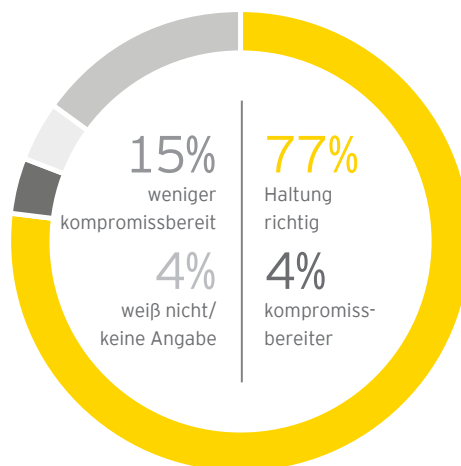
Frage: „Hat Ihr Unternehmen aktuell keine, geringe oder intensive Geschäftsbeziehungen nach Großbritannien?“

Klare Unterstützung für konsequente EU-Verhandlungslinie

Derweil hält die überwiegende Zahl der deutschen Unternehmen die Einheit der EU für wichtiger als die Vermeidung der unmittelbaren negativen Folgen des Brexit. So wird die entschiedene Verhandlungsstrategie der EU in den Brexit-Verhandlungen von einer großen Mehrheit (77 Prozent) der Unternehmen für richtig befunden. Insbesondere Unternehmen mit intensiven Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich empfinden die Verhandlungslinie der EU als angemessen (81 Prozent). Diese bestand darin, Grundprinzipien der EU wie die vier Freiheiten im Binnenmarkt nicht zur Disposition zu stellen. Darüber hinaus bestand die EU auf der zeitlichen Trennung der Verhandlungen: Zunächst sollte der Austritt verhandelt werden, und erst im zweiten Schritt das künftige Verhältnis nach dem Brexit auf die Agenda rücken. Nur wenige hätten sich eine kompromissbereitere (4 Prozent) oder auch eine härtere (15 Prozent) Verhandlungsposition gegenüber Großbritannien gewünscht.

Frage: „Hätten sich die EU und die Bundesregierung in den Verhandlungen gegenüber Großbritannien kompromissbereiter zeigen und mehr Zugeständnisse machen sollen, hätten sie sich weniger kompromissbereit zeigen und weniger Zugeständnisse machen sollen oder war die Haltung gegenüber Großbritannien alles in allem richtig?“

Die EU und die Bundesregierung hätten sich in den Verhandlungen gegenüber Großbritannien kompromissbereiter zeigen und mehr Zugeständnisse machen sollen

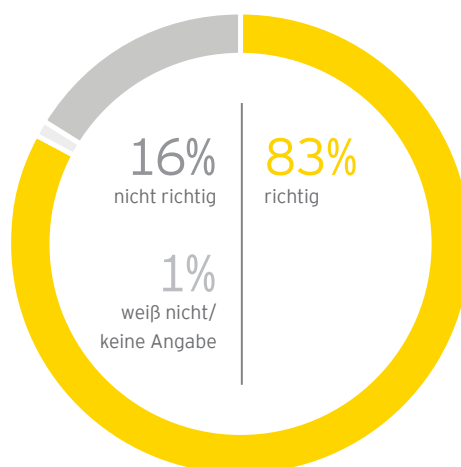


Bestätigung für Euro-Rettungspolitik

Das Krisenmanagement in der Eurozone in den vergangenen zehn Jahren wird als Erfolg gesehen. Seit 2008 haben zunächst eine Finanz- und Wirtschaftskrise, ab 2010 dann eine Verschuldungs- und Bankenkrise die Europäische Währungsunion erschüttert. Die Währung selbst geriet dabei nicht in die Krise: Der Geldwert und der Außenwert des Euro blieben über das Krisenjahrzehnt hinweg stabil. Die von Deutschland unterstützte Rettungs- politik während der Verschuldungs- und Bankenkrise der vergangenen Jahre, einschließlich der von Deutschland übernommenen Haftungsrisiken, wird von einer sehr großen Mehrheit von 83 Prozent der Unternehmen unterstützt. Die Euro-Zonen-Staaten haben seit 2010 das maßgeblich von der Europäischen Zentralbank geleistete Krisenmanagement durch Rettungspakete für einzelne Mitglieder sowie die Schaffung des permanenten Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) unterstützt. Nur 16 Prozent der Unternehmen halten die Euro-Rettungspolitik für nicht richtig.

Frage: „Deutschland hat in den vergangenen Jahren im Rahmen der verschiedenen Rettungsschirme im Euroraum Haftungsrisiken in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro auf sich genommen, um den Euro zu stabilisieren und die Euro-Zone zusammenzuhalten. Ist das aus Ihrer Sicht grundsätzlich richtig oder nicht richtig?“

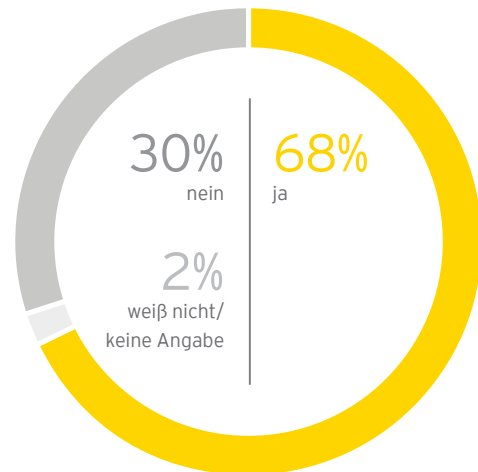
Dass Deutschland in den vergangenen Jahren im Rahmen der verschiedenen Rettungsschirme im Euro-Raum Haftungsrisiken in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro auf sich genommen hat, um den Euro zu stabilisieren und die Euro-Zone zusammenzuhalten, finden grundsätzlich



Neue Euro-Krise durch Italiens Finanzpolitik befürchtet

Allerdings befürchtet eine große Mehrheit von knapp zwei Drittel der Unternehmen (68 Prozent), dass es zu einer neuen Krise in der Währungsunion kommen könnte, ausgelöst etwa durch die politische Situation in Italien, wo seit Juni 2018 eine europaskeptische Regierung im Amt ist. Die hohe Staatsverschuldung und mögliche Instabilitäten im Bankensektor gelten als Risikofaktoren. Nur 30 Prozent der deutschen Unternehmen teilen diese Befürchtung nicht.

Aufgrund der hohen Neuverschuldung Italiens könnte es zu einer neuen Euro- und Finanzkrise in Europa kommen

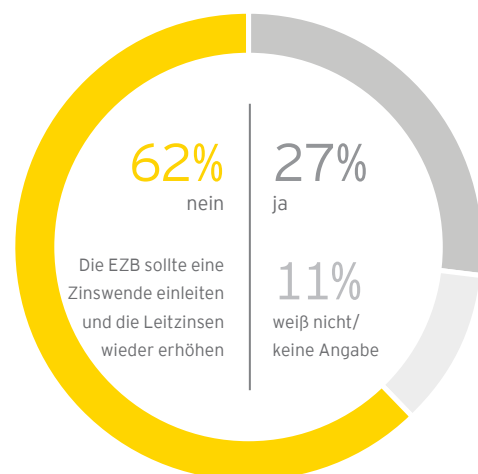


Frage: „Einige befürchten, dass es aufgrund der hohen Neuverschuldung Italiens zu einer neuen Euro- und Finanzkrise in Europa kommen könnte. Teilen Sie diese Befürchtung oder teilen Sie diese Befürchtung nicht?“

Deutsche Unternehmen wollen höheren Leitzins

Gleichzeitig spricht sich im Hinblick auf die seit Jahren anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank eine Mehrheit der Unternehmen (62 Prozent) für eine Zinswende aus. Etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) hält eine Erhöhung der Leitzinsen nicht für nötig.

Die EZB sollte auch in den kommenden Jahren weiter an der Niedrigzinspolitik festhalten



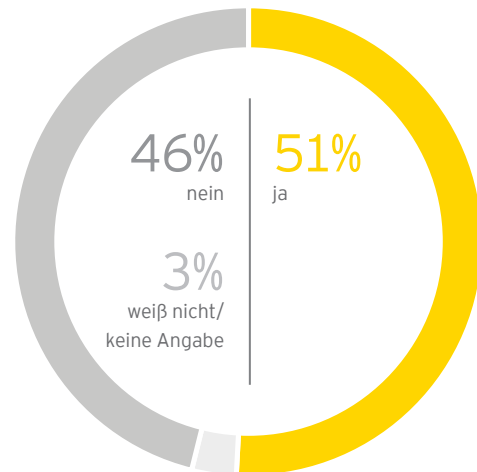
Frage: „Die Europäische Zentralbank verfolgt seit mehreren Jahren eine Niedrigzinspolitik. Sollte die EZB Ihrer Meinung nach auch in den kommenden Jahren weiter an dieser Niedrigzinspolitik festhalten oder sollte die EZB eine Zinswende einleiten und in den nächsten Jahren die Leitzinsen wieder erhöhen?“

Mehr Kompetenzen an die EU übertragen

Positiven Rückhalt gibt es für die Bestrebungen, die politische Integration des Wirtschafts- und Währungsraums zu vertiefen. Derzeit werden Maßnahmen zur Vervollständigung der Bankenunion und zur engeren Abstimmung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik diskutiert. Als Konsequenz aus den vielfältigen Krisen in Europa fände es eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der deutschen Unternehmen sinnvoll, wenn die Mitgliedstaaten mehr Kompetenzen in Haushalts- und Finanzfragen an die EU übertragen würden. 46 Prozent halten dies hingegen nicht für sinnvoll.

Frage: „Angesichts der vielfältigen Krisen in Europa und innerhalb der EU wird ja viel über mögliche Lösungen diskutiert. Wäre es aus Ihrer Sicht sinnvoll, wenn der EU von den Mitgliedstaaten künftig mehr Kompetenzen in Finanz- und Haushaltsfragen übertragen würden oder halten Sie das nicht für sinnvoll?“

Es wäre sinnvoll, wenn der EU von den Mitgliedstaaten künftig mehr Kompetenzen in Finanz- und Haushaltsfragen übertragen würden

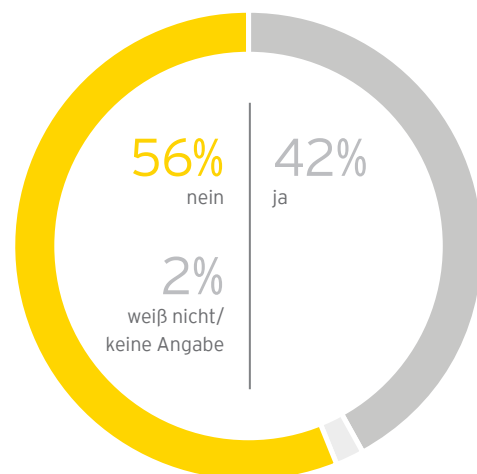


Deutsche Interessen nicht gegen EU-Partner durchsetzen

Derweil sprechen sich 42 Prozent der Unternehmen dafür aus, dass die Bundesregierung innerhalb der EU künftig die wirtschaftspolitischen Interessen Deutschlands stärker in den Mittelpunkt rücken und notfalls auch gegen die EU-Partner durchsetzen sollte. Dem steht eine Mehrheit von 56 Prozent der Unternehmen gegenüber, die dies nicht für den richtigen Weg hält.

Frage: „Sollte die Bundesregierung innerhalb der EU künftig die wirtschaftspolitischen Interessen Deutschlands stärker in den Mittelpunkt rücken und notfalls auch gegen die EU-Partner durchsetzen oder wäre das aus Ihrer Sicht nicht in der richtig Weg?“

Die Bundesregierung sollte innerhalb der EU künftig die wirtschaftspolitischen Interessen Deutschlands stärker in den Mittelpunkt rücken und notfalls auch gegen die EU-Partner durchsetzen



Sorge um fehlenden Zusammenhalt und Nationalismus

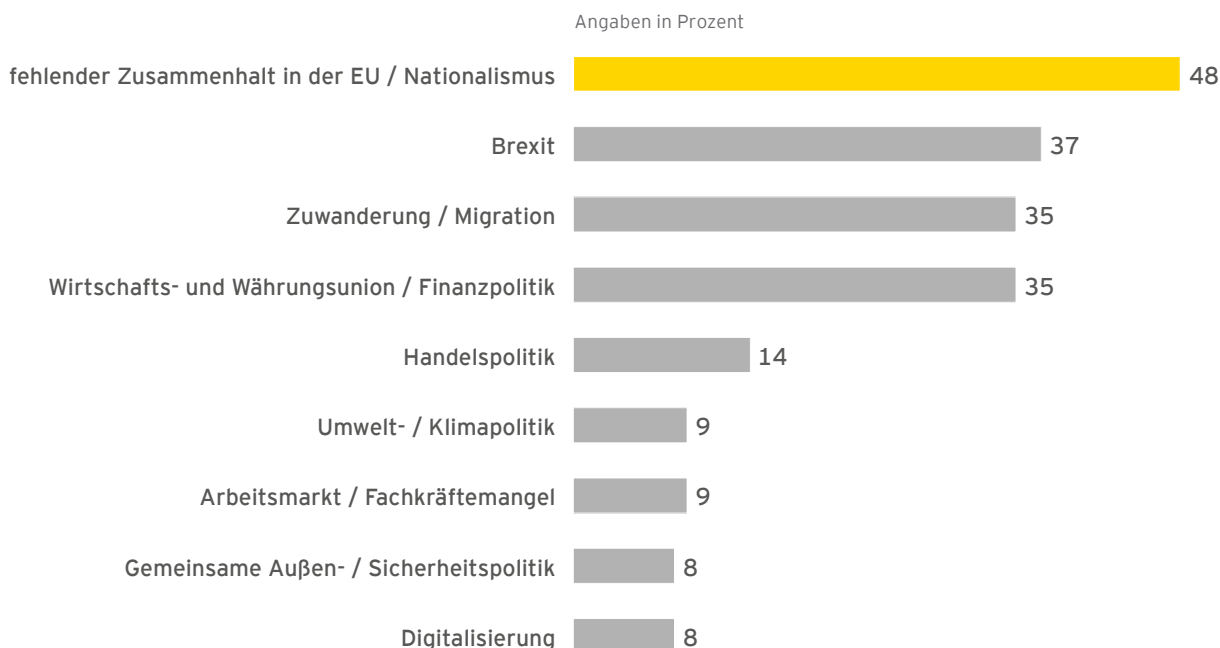
Auf die Frage nach den größten Herausforderungen für die EU nennen die meisten deutschen Unternehmen den Zusammenhalt der EU, auch aufgrund der Renationalisierungstendenzen in mehreren europäischen Ländern (48 Prozent). Wenige Monate vor der Europawahl zeigt sich, dass die Diskussion um Desintegrationsrisiken auch in der Wirtschaft angekommen ist. Häufig genannt wird in dem Zusammenhang auch der vermutlich am 29. März 2019 bevorstehende Brexit (37 Prozent). Die Risiken im Funktionieren und Zusammenhalt der Wirtschafts- und Währungsunion werden von einem guten Drittel der Befragten genannt (35 Prozent).

Relevant mit Blick auf die Eurozone ist nicht nur ihre Krisenresilienz, sondern ebenso die Frage, wie Konvergenz in und zwischen Mitgliedstaaten gefördert und

Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum unterstützt werden können.

Zuwanderung und Migration werden ebenso häufig wie die Wirtschafts- und Währungsunion als große Herausforderungen genannt (35 Prozent). Zwar ist der Zustrom von Geflüchteten nach Europa seit dem Jahr 2015 wieder deutlich zurückgegangen. Innerhalb der EU bleibt der Umgang mit ihnen jedoch ein Thema, das für Spannungen unter den Regierungen sorgt und von populistischen Kräften im Europawahlkampf ausgeschlachtet werden dürfte. Weitere Themen sind die Handelspolitik (14 Prozent), der Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel (9 Prozent), die Umwelt- und Klimapolitik (9 Prozent), die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (8 Prozent) und die Digitalisierung (8 Prozent).

Frage: „Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die drei größten Herausforderungen für die EU?“³



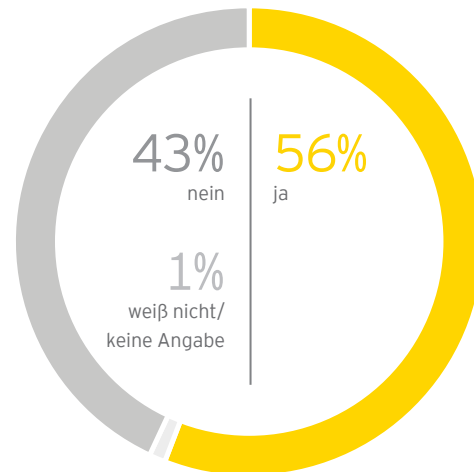
³ Offene Befragung; Mehrfachnennungen waren möglich.

Mehrheit sieht Europa noch als Wertegemeinschaft

Gespalten zeigen sich die Unternehmen in der Frage, ob es die Wertegemeinschaft der Mitgliedstaaten, die der Gründung der EU zugrunde lag, noch gibt: Immerhin sieht etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen (56 Prozent) diese Wertegemeinschaft auch heute noch als gegeben an. 43 Prozent der Unternehmen meinen hingegen, dass diese Wertegemeinschaft heute nicht mehr existiere. Die Diskussion um gemeinsame Werte, insbesondere mit Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und liberale Gesellschaften, wird innerhalb der EU oft als Ost-West-Gegensatz charakterisiert. Grund hierfür sind die Auffassungsunterschiede, etwa zwischen den rechtspopulistischen polnischen und ungarischen Regierungen und den Organen der EU, in der Frage, ob einige der nationalen Reformen der vergangenen Jahren die Grundprinzipien der EU untergraben. Dies betrifft etwa Justizreformen sowie verschiedene Medien- und NGO-Gesetze.

Frage: „Der Gründung der Europäischen Union lag ja neben wirtschaftlichen Interessen auch die Idee einer Wertegemeinschaft zugrunde. Würden Sie sagen, dass es diese Wertegemeinschaft der Mitgliedstaaten der EU auch heute noch gibt oder gibt es sie nicht mehr?“

Die Wertegemeinschaft der Mitgliedstaaten der EU gibt es auch heute noch

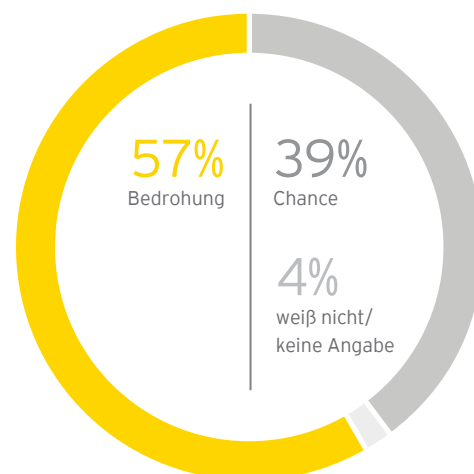


China bedroht europäischen Wirtschaftsraum

In einer Welt, die zunehmend vom Recht des Stärkeren statt von allgemein verbindlichen Regeln geprägt wird, müssen sich die Europäerinnen und Europäer verstärkt um ihre Sicherheit kümmern und ihre Interessen im Ausland schützen und vertreten. Aus Sicht der befragten deutschen Unternehmen verursachen der Aufstieg Chinas zur globalen Wirtschaftsmacht, die Gefahr von Handelskriegen und wirtschaftspolitischen Konflikten, aber auch die fortschreitende Digitalisierung tiefgreifende Veränderungen, die einer europäischen Antwort bedürfen. Die wachsende Präsenz Chinas in Europa sieht eine Mehrheit von 57 Prozent der Unternehmen als eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Europa. Auf der anderen Seite begreifen 39 Prozent der Befragten den Aufstieg Chinas eher als Chance.

Frage: „Seit mehreren Jahren engagiert China sich verstärkt in Europa, z.B. durch Firmenkäufe oder die Erschließung von Handelsrouten. Wie schätzen Sie das ein: Ist die wachsende Präsenz Chinas in Europa eher eine Chance oder eher eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Europa?“

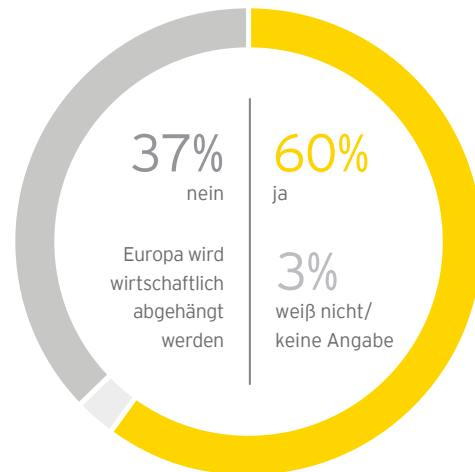
Die wachsende Präsenz Chinas in Europa ist für den Wirtschaftsstandort Europa eher eine



Europa weiterhin global wettbewerbsfähig

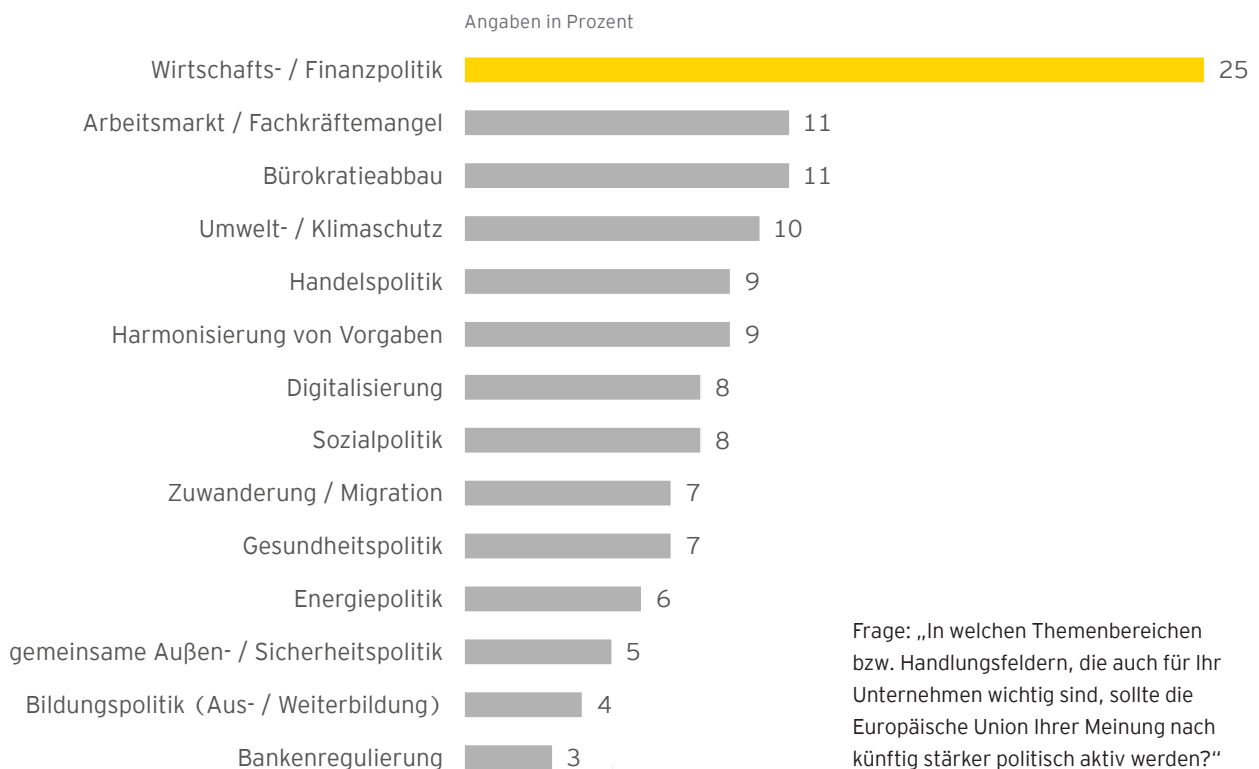
Nichtsdestotrotz erwartet eine Mehrheit von 60 Prozent der befragten Unternehmen, dass Europa auch künftig mit anderen Wirtschaftsmächten wie China oder den USA mithalten kann. Demgegenüber befürchtet mehr als ein Drittel der Unternehmen (37 Prozent), dass Europa in absehbarer Zeit wirtschaftlich abgehängt wird.

Europa wird künftig mit anderen Wirtschaftsmächten wie China oder den USA noch mithalten können



Frage: „Wenn Sie einmal an den Wettbewerb Europas mit anderen Weltregionen denken, was glauben Sie: Wird Europa künftig mit anderen Wirtschaftsmächten wie China oder den USA noch mithalten können oder wird Europa wirtschaftlich gegenüber anderen Weltregionen auf absehbare Zeit abgehängt werden?“

Aktivere EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik gewünscht



Deutsche Unternehmen wollen starkes Europa

Die EU steht vor einem umfassenden Arbeitsprogramm. Es gilt, die Digitalisierung und den Wandel des internationalen Umfelds zu bewältigen. Begonnene Integrationsprojekte – wie der Binnenmarkt und die Währungsunion – müssen vervollständigt werden, um sie zu erhalten. Risiken und Chancen gehen dabei Hand in Hand.

Von der lokalen bis zur europäischen Ebene braucht die deutsche und die europäische Wirtschaft ein produktives, innovationsförderndes und möglichst berechenbares Umfeld. Investitionen in Infrastruktur und Bildung sowie ein gut funktionierender europäischer Binnenmarkt, inklusive eines europäischen Finanzmarkts, sind nötig. Die Wirtschafts- und Währungsunion muss, ebenso wie der Schengen-Raum, vervollständigt werden, um sie krisenfester zu machen und für die Bevölkerung wahrnehmbare Vorteile zu erbringen. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen im Inneren ebenso wie im internationalen Umfeld der EU zeichnet sich immer deutlicher ab, dass der Status Quo der Integration nicht haltbar ist.

Die deutschen Unternehmen sehen die vielfältigen Risiken, denen die EU heute gegenübersteht, mit großem Realismus. Sie unterstützen dabei mehrheitlich eine Stärkung des europäischen Handelns. Anhand der Umfrage lassen sich keine Renationalisierungstendenzen erkennen.

Bemerkenswert klar ist in diesem Zusammenhang die Unterstützung dafür, die EU in Zeiten des Brexit politisch zusammen zu halten und bei nicht vollendeten Integrationsprojekten die EU-Ebene zu stärken, etwa im Bereich der haushalts- und finanzpolitischen Kompetenzen.

Die Studie zeigt auf, dass es in der deutschen Wirtschaft einen deutlichen Rückhalt für europäische Initiativen gibt. Für die Bundesregierung, die unter anderem mit Frankreich daran arbeitet, weitere Vertiefungsschritte voranzubringen, ist dies ein ermunterndes Signal. Dies gilt insbesondere für die breite Unterstützung der Krisenbewältigungspolitik in der Eurozone und die weitestgehenden Einschätzungen zu weiteren notwendigen Vertiefungsschritten.

Im Europawahljahr 2019 wächst die politische Polarisierung. Auch die Kritik an der EU wird lauter. Gerade in dieser Situation ist zu hoffen, dass die deutsche Wirtschaft ihr Interesse an einer funktionierenden, stärkeren und zukunftsgerichteten EU und ihre Vorschläge zu deren weiterer Ausgestaltung deutlich formuliert und sich entschieden für das europäische Projekt einsetzt. Dazu gehört ein glaubhaftes Einstehen für regelbasierte Governance – auch über die EU hinaus – als Basis für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und eine gesellschaftliche Entwicklung, die allen zugutekommt.

Die Originaldaten der zugrundeliegenden forsa-Umfrage erhalten Sie von: dag-stefan.rittmeister@de.ey.com

EY | Assurance | Tax | Transactions | Advisory

Die globale EY-Organisation im Überblick

Die globale EY-Organisation ist einer der Marktführer in der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung und Managementberatung. Mit unserer Erfahrung, unserem Wissen und unseren Leistungen stärken wir weltweit das Vertrauen in die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Dafür sind wir bestens gerüstet: mit hervorragend ausgebildeten Mitarbeitern, starken Teams, exzellenten Leistungen und einem sprichwörtlichen Kundenservice. Unser Ziel ist es, Dinge voranzubringen und entscheidend besser zu machen – für unsere Mitarbeiter, unsere Mandanten und die Gesellschaft, in der wir leben. Dafür steht unser weltweiter Anspruch „Building a better working world“.

Die globale EY-Organisation besteht aus den Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig und haftet nicht für das Handeln und Unterlassen der jeweils anderen Mitgliedsunternehmen. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Mandanten. Weitere Informationen finden Sie unter www.ey.com.

In Deutschland ist EY an 21 Standorten präsent. „EY“ und „wir“ beziehen sich in dieser Publikation auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited.

Diese Publikation ist lediglich als allgemeine, unverbindliche Information gedacht und kann daher nicht als Ersatz für eine detaillierte Recherche oder eine fachkundige Beratung oder Auskunft dienen. Obwohl sie mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität; insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalls Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt damit in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung seitens der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und/oder anderer Mitgliedsunternehmen der globalen EY-Organisation wird ausgeschlossen. Bei jedem spezifischen Anliegen sollte ein geeigneter Berater zurate gezogen werden.

©2019 Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

All Rights Reserved.

www.de.ey.com.

DGAP im Überblick

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu den aktuellen Themen und Trends der deutschen Außenpolitik. Als unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Experten- und Mitgliederorganisation prägt sie seit über 60 Jahren die außenpolitische Debatte in Deutschland und trägt zur internationalen Vermittlung deutscher Politik bei. Sie bietet ihre Expertise in Publikationen, Berliner und regionalen Veranstaltungen sowie im direkten Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft an.

Zusätzliche Informationen entnehmen Sie bitte der Internetseite www.dgap.org